

Gestrichenen. Mit der Entfernung aus der Partei verliert der Mensch nicht das Recht auf Arbeit. Es gibt kein Recht auf Parteimitgliedschaft. Mitglied kann nicht sein, wer es wünscht, sondern die Partei entscheidet, wer Mitglied sein kann.“

„Das Recht auf Arbeit dagegen hat entsprechend unseren Gesetzen jeder Staatsbürger. Wer also die Parteimitgliedschaft verliert, muß nicht in jedem Falle gleichzeitig seinen gegenwärtigen Arbeitsplatz verlieren. Natürlich dulden wir keine Partei- oder Staatsfeide im Regierungsapparat. Mit ihnen mögen sich staatliche Organe beschäftigen, oder sie erhalten einen Arbeitsplatz, wo sie nicht schaden können und unter Kontrolle der anderen dort Beschäftigten stehen.“

Karrieristen und moralisch Verkommene bleiben auch nicht im Regierungsapparat. Sie werden ebenfalls entfernt und müssen solche Arbeit erhalten, wo sie diese Eigenschaften abstreifen können.

Es gibt aber Menschen, deren Mitgliedschaft die Partei wegen ihrer Vergangenheit und Herkunft nicht wünscht, die aber durchaus gute Staatsbürger sein können und eine ehrliche Arbeit leisten. Hier besteht kein Grund, auf ihre Mitarbeit zu verzichten.

Im Regierungsapparat arbeiten auch parteilose Menschen. Es gibt also kein Schema für diese Probleme. Die Partei muß zu jedem Menschen und seiner Behandlung individuell Stellung nehmen. — Es gibt natürlich Staats- und Verwaltungsfunktionen, die nur von völlig zuverlässigen und politisch geschulten Menschen ausgeübt werden dürfen. Es gibt aber auch Verwaltungsarbeit, die von ehrlichen parteilosen Staatsbürgern geleistet werden kann. Ein schematisches Entfernen vom Arbeitsplatz ist nicht richtig. — Ebenso müssen Menschen, wenn sie nicht strafbar sind, aber aus dem Regierungsapparat entfernt werden, andere Arbeit erhalten, um nicht eine Reserve für feindliche Agenturen zu bilden. Wir müssen uns also nach ihrer notwendigen Entfernung vom jetzigen Arbeitsplatz um diese Menschen kümmern und sie als Staatsbürger behandeln.“

Ähnlich sieht es bei der Behandlung von Kadern aus, die vom Standpunkt der Sicherung unserer demokratischen Ordnung nicht überall verwendet werden können. Es ist bekannt, daß der Feind an die Vergangenheit von einzelnen anzuknüpfen versucht und Verbindungen aus der Emigration und westlicher Gefangenschaft auszunutzen kann. Sicherungen sind also im Interesse der Genossen selbst, der Partei und unseres Staates notwendig. Im allgemeinen haben die Genossen dafür Verständnis. Die Regelung verlangt eine individuelle Behandlung eines jeden Parteimitgliedes.

Wie sieht es aber in Wirklichkeit aus? Die Behandlung solcher Genossen durch Leitungen oder Personalabteilungen erfolgt in einer solchen Weise, daß sie zu Menschen zweiter Klasse gestempelt werden.

Entpfliehtete Genossen aus der Volkspolizei bewarben sich in Görlitz bei der HO und DHZ, weil dort Kräfte gesucht wurden. Nach Befragung, wo sie bisher gearbeitet haben, und weshalb sie entlassen wurden, wurde ihnen mitgeteilt, daß auch die HO und DHZ solche Kräfte nicht beschäftigen darf.

Diese falsche Einstellung kann auf den Nenner gebracht werden, der in einem Schreiben einer Verwaltungsstelle der Landesregierung Sachsen zum Ausdruck gebracht wurde. Dort wurde als Begründung für die Ablehnung einer Anstellung angeführt, „ihre Statistik nicht verschlechtern zu wollen“. Ist es da verwunderlich, daß bei einer solchen Arbeitsweise Unsicherheit, Unzufriedenheit und schlechte Stimmung bei den Genossen Platz greift? Die Personalabteilungen oder auch verantwortliche Leitungen von wichtigen Organen betreiben eine seelenlose Behandlung von Menschen. Sie sehen nur Akten, sortieren die Gefangenschaft, sehen die Emigration, und allein das genügt, um eine Ablehnung auszusprechen. — Das schlimmste ist, daß sich dann keine Stelle um die Genossen kümmert —

Wir arbeiten mit dem WEISSBUCH

—  
O  
C  
C  
—  
—  
Φ  
N  
“ö  
C  
O  
5  
Φ  
a  
C  
Φ  
L  
O  
Ch  
C  
Φ  
“Ö  
—  
Φ  
C  
E  
и  
CO  
CO  
C  
<  
I  
—  
—  
Φ  
C  
Φ  
K  
O  
и  
Φ  
C  
O  
C  
O  
5  
O  
C  
E  
—  
—  
H  
и  
<

Dagegen haben die amerikanischen, britischen und französischen Besatzungsbehörden die Durchführung der Deutschland betreffenden Bestimmungen des Potsdamer Abkommens planmäßig sabotiert.

**In Westdeutschland wurden:**

**Die völlige Entmilitarisierung und Abrüstung niemals durchgeführt.**

**Die für den Krieg und Naziverbrechen Verantwortlichen nur zu ganz geringem Teil bestraft.**

**Vorübergehend internierte Hauptschuldige wieder freigelassen und in ihre früheren Vermögensrechte eingesetzt.**

**Die Güter der Junker nicht angefasst.**

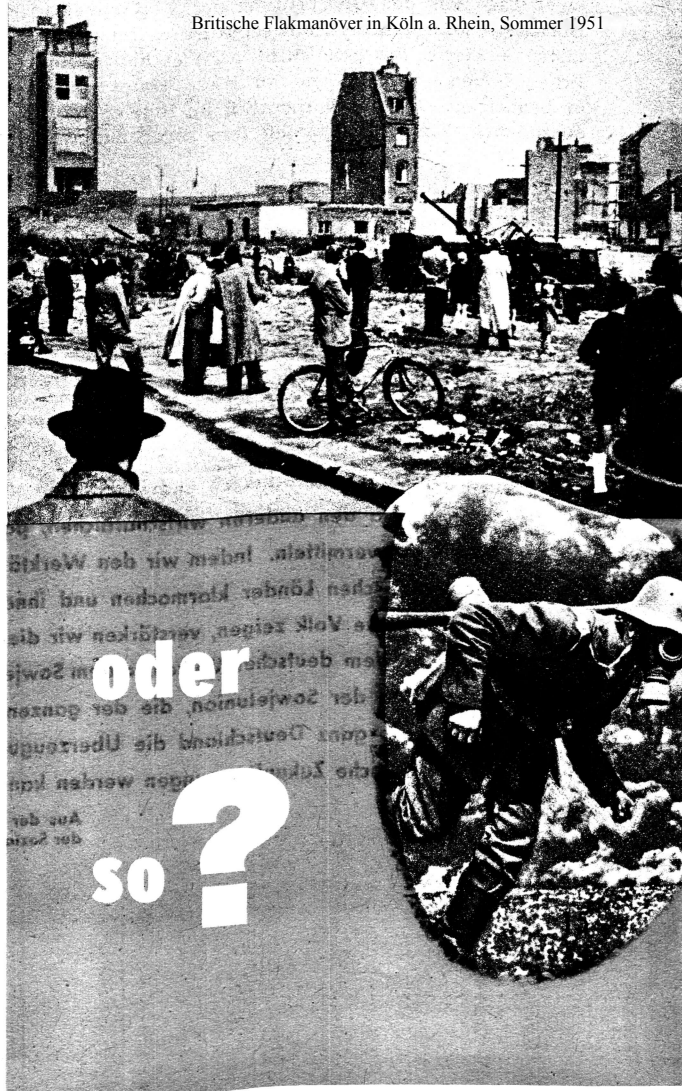
**Zahlreiche Hauptschuldige und Drahtzieher wieder in ihre Machtstellungen eingesetzt.**

**Die Kartelle, Syndikate und Truste nicht zerschlagen.**

**Vor einer 1949 eingesetzten amtlichen Untersuchungskommission sagt Lawrence Wilkinson, Wirtschaftsberater General Clays:**

**„Zum Teufel mit der Entmilitarisierung Deutschlands. Wir wollen die Truste wieder aufrichten, die Industriebetriebe an ihre nazistischen Besitzer und Direktoren zurückgeben.“**

Britische Flakmanöver in Köln a. Rhein, Sommer 1951



oder

so ?